

Antrag A2: Ohne Frieden keine Zukunft

Antragsteller*in:	KPF Thüringen
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Im II. Weltkrieg mussten sich die Menschen der Sowjetunion einem übermächtigen Feind,
- 2 dem faschistischen Deutschland, stellen, dessen Ziel darin bestand, das Weltjudentum
- 3 und den Weltbolschewismus auszurotten. Ein barbarischer und unmenschlicher
- 4 Vernichtungskrieg wurde geführt, den die Rote Armee der Sowjetunion gemeinsam mit den
- 5 alliierten Streitkräften am 8.Mai 1945 siegreich in Europa beenden konnte. Doch der
- 6 Blutzoll, den die Völker der Sowjetunion Russen, Ukrainer, Weißrussen und viele
- 7 andere zu tragen hatten, war sehr hoch. Etwa 27 Millionen nur an Toten hatten sie zu
- 8 beklagen.
- 9 Daher einte sie und die Menschheit nur ein Ziel, eine Aufgabe – nie wieder Krieg, nie
- 10 wieder Faschismus.
- 11 Mit dem Epochenbruch 1989/1991 des Beitritts der DDR zum Grundgesetz der
- 12 Bundesrepublik und des Zerfalls der Sowjetunion haben die USA und andere
- 13 kapitalistische Staaten den Kalten Krieg wiederbelebt.
- 14 Die Nato ist, entgegen der Versprechungen der USA und anderer Staaten, weiter nach
- 15 Osten vorgerückt an die Westgrenze der Russischen Föderation und bedroht den Frieden
- 16 in Europa. Mit dem Feindbild Russland lässt sich die Osterweiterung mit fast
- 17 Verdopplung der Mitgliederzahl der Nato begründen. Dennoch, Russland führt derzeit
- 18 einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine, der täglich Tote und menschliches
- 19 Leid verursacht.
- 20 Diesen Krieg verurteilen wir aufs Schärfste. Mit diesem Krieg rücken die von den USA
- 21 und Nato geführten Kriege im Irak, in Afghanistan und weitere Militäreinsätze, wie
- 22 unter anderem der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien und dessen
- 23 Zerschlagung in den Hintergrund.
- 24 (Aus Erklärung der LV KPF Thüringen, 26.03.22)
- 25 • Wir, die Mitglieder des Landesverbandes Thüringen, setzen unsere ganze Kraft für
- 26 die Stärkung der Friedenskräfte in der Bundesrepublik ein und engagieren uns
- 27 gemeinsam mit der internationalen Friedensbewegung für ein Ende des Krieges in
- 28 der Ukraine sowie eine Überwindung der Aufrüstungspolitik und der
- 29 Militarisierung der Gesellschaft.
- 30 • Gemeinsam mit allen Kräften des Friedens entwickeln wir Initiativen dafür, dass
- 31 die Bundesrepublik dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beitrifft und fordern
- 32 die Thüringer Landesregierung dazu auf, im Bundesrat initiativ zu werden.
- 33 • Wir unterstützen den Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag und lehnen
- 34 die 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr ab. Wir sind gegen militärische

- 35 Aufrüstung und den Missbrauch des Grundgesetzes zur Finanzierung der Bundeswehr.
- 36 Die finanziellen Mittel sollen für Bildung, Gesundheit, Wohnen und Kultur
- 37 eingesetzt werden.